

Rede bei der Anti-AfD-Demo am 29.4.19 in Witten Joachim Schramm, Wittener Friedensforum

Liebe Freundinnen und Freunde,

am 1. September jährt sich zum 80. Mal der Beginn des II. WK. In den späten 20er Jahren hatten Friedenkräfte gewarnt: Wer Hitler wählt, wählt den Krieg. Sie haben auf grausame Weise recht behalten. Heute reisen Rechte aus Deutschland in die Ukraine oder nach Ungarn, um an Gedenkveranstaltungen für dortige Verbände teilzunehmen, die an der Seite der Hitler-Wehrmacht in den Krieg gezogen sind. Der AfD Spitzenfunktionär Gauland befand unbeirrt, man dürfe stolz sein auf die Leistungen deutscher Soldaten im II. WK. Dies formulierte er in deutlichem Wissen, dass nur die Eroberungen der Wehrmacht den Zugriff der Nazis auf Millionen europäischer Juden überhaupt möglich gemacht haben und somit Grundlage des Holocausts waren. Er formulierte es 20 Jahre nach der großen Wehrmachtsausstellung, die ein für alle Mal deutlich gemacht hat, dass eine Mehrheit der Wehrmacht an Kriegsverbrechen beteiligt war. Solche Parteienvertreter brauchen wir nicht im Bundestag!

Gauland steht mit solchen Aussagen für den Militarismus, der in der AfD ein Zuhause gefunden hat. So hat die Partei eine große Anziehungskraft für rechte Offiziere der Bundeswehr. Mehrere ehemalige oder noch aktive Zeit- und Berufssoldaten der Armee sind auf Listen der AfD in verschiedenen Landtage eingezogen, so z.B. Oberstleutnants Uwe Junge, früherer Dezernatsleiter im Zentrum Operative Kommunikation der Bundeswehr oder Georg Pazderski, ein ehemaliger Oberst im Generalstabsdienst der Bundeswehr. Hendrik Rottmann aus Köln kandidierte für die AfD sogar als Oberbürgermeister in seiner Heimatstadt. 2016 enthüllte „Spiegel Online“, dass Rottmann nicht einfach nur ein Offizier der Streitkräftebasis ist, sondern als Controller für den Bundeswehr-Geheimdienst „Militärischer Abschirmdienst“ (MAD) arbeitet. Da hatte man deutlich den Bock zum Gärtner gemacht. Die AfD ist deshalb so attraktiv für rechte Militärs, weil sie für eine starke, an nationalen Interessen orientierte Bundeswehr eintritt. Daher steht die AfD an der Spitze der Kräfte in der Bundesrepublik, die über den angeblich schlimmen Zustand der Armee lamentieren. So fordert die AfD in ihrem Bundesparteiprogramm, „die militärischen Fähigkeiten der deutschen Streitkräfte wiederherzustellen“. Hierfür benötige Deutschland „Streitkräfte, deren Führung, Stärke und Ausrüstung an den Herausforderungen künftiger Konflikte orientiert sind und höchsten internationalen Standards entsprechen“. So unterstützte AfD-Vorstandsfrau Alice Weidel 2017 ausdrücklich die Forderung nach Erhöhung der deutschen Militärausgaben auf 2% der Wirtschaftsleistung, die faktisch eine Verdoppelung der Militärausgaben bedeuten. Auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist Bestandteil des Bundesprogramms der AfD. Dabei ist der Blick der AfD natürlich auch im militärischen Bereich auf das nationale gerichtet. Die deutlich nationalen Teile der Partei fordern den Austritt Deutschlands aus der NATO, um nicht fremden Interessen dienen zu müssen. Und die Partei-Mehrheit will auch hier das Fremde nicht im Land haben. Im Bundesprogramm fordert die Partei „den Abzug aller auf deutschem Boden stationierten alliierten Truppen“ Nun freue ich mich als Pazifist über jeden Soldaten, der die Uniform auszieht. Doch die AfD tritt hier nicht für Abrüstung ein, die AfD will damit militärische Eigenständigkeit und Stärke Deutschlands erreichen..

Wer Hitler wählt, wählt den Krieg hieß es in der Weimarer Republik. Heute muss es heißen: Wer die AfD wählt, wählt Aufrüstung und steigenden Militarismus, wählt Konfrontationspolitik und den Willen, nationale Interessen militärisch durchzusetzen. Dagegen stellen wir uns deutlich. Wir sagen nein zur AfD, wir sagen nein zu Konfrontationspolitik und Aufrüstung der Bundeswehr!